

ENERGIE

Kommunale Stadtwerke und regionale Energieunternehmen bilden die Basis der Energiewende und treiben diese voran. Wir wollen deshalb die Rahmenbedingungen so beeinflussen, dass eine Planungssicherheit im Bereich der erneuerbaren Energien und im Netzausbau geschaffen wird. Dabei unterstützen wir Kooperationen unserer regionalen Energiedienstleister, um Kräfte zu bündeln und somit notwendige Synergien zu erzeugen. Ein zukunftsfähiger Netzausbau und neue Informations- und Kommunikationstechnologien für smarte Lösungen sollten vorangetrieben werden.

ÖPNV - NAHVERKEHRSKONZEPTE

Nahverkehrskonzepte wie z.B. die Schaffung von Mitfahrparkplätzen, die Einrichtung von Mobilitätszentralen sowie die Stärkung von Sammeltaxen und Bürgerbussen im ländlichen Raum sind intelligent zu vernetzen. Durch den konsequenten Ausbau der Radwegeverbindungen sowie die enge Verzahnung der bestehenden ÖPNV-Systeme und eine noch stärkere Kooperation der Verkehrsverbände verstärken wir das mobile Rheinhessen.

FLUGLÄRM

Der Flughafen Frankfurt/Main hat auch Bedeutung für die wirtschaftliche Prosperität der Region Rheinhessen. Die Bedürfnisse der Menschen in den rheinhessischen Wohngebieten bei den Ein- und Abflugschneisen sind hierbei besonders zu berücksichtigen. Regelungen zur Begrenzung von Nachtflügen in der Zeit zwischen 22.00 und 6.00 Uhr müssen ebenso Gültigkeit bekommen wie die Festlegung von lärmoptimierten Flugrouten.

SCHNELLE GENEHMIGUNGEN

Geringer Verwaltungsaufwand und schnelle Genehmigungsverfahren sind Instrumente, mit denen wir die rheinhessischen Unternehmen aktiv unterstützen wollen. Gemeinsam setzen wir uns dafür ein, diese Verwaltungsprozesse weiter zu optimieren. Ein Ansatz dafür ist der Ausbau des elektronischen Datenaustausches zwischen Unternehmen sowie Bürgerinnen und Bürgern mit der Verwaltung (e-Government).

NIEDER-OLM, 12. MAI 2016

gez. Claus Schick
Landrat des Kreises Mainz-Bingen

gez. Ernst Walter Görisch
Landrat des Kreises Alzey-Worms

gez. Michael Ebling
Oberbürgermeister der Stadt Mainz

gez. Michael Kissel
Oberbürgermeister der Stadt Worms



Wirtschaftsforum Rheinhessen 200
Tradition und Zukunft verbinden

Wirtschaftspolitische Erklärung „Rheinhessen 4.0“

Seite 4/4

Wirtschaftspolitische Erklärung „Rheinhessen 4.0“

Das 200jährige Rheinhessen verfügt wirtschaftlich über einen überwiegend mittelständisch geprägten Branchenmix aus hochtechnisierten und teilweise weltweit operierenden Unternehmen, inhabergeführten Traditionsfirmen und einer beachtlich wachsenden kreativen Gründerszene. Inmitten einer touristisch einmaligen Landschaft mit bundesweit bekannten Weinlagen, ist Rheinhessen eine prosperierende Region mit hoher Attraktivität. Die künftigen Herausforderungen, die sich aus veränderten technologischen, wirtschaftlichen, gesamtgesellschaftlichen und regulatorischen Rahmenbedingungen ergeben, wollen die Landkreise Alzey-Worms und Mainz-Bingen sowie die kreisfreien Städte Mainz und Worms gemeinsam mit den relevanten Institutionen, Organisationen und Unternehmen der rheinhessischen Wirtschaft bewältigen und die Anstrengungen intensivieren, den Wirtschaftsraum Rheinhessen auch im internationalen Wettbewerb in einer Spitzenposition zu halten. Sie verständigen sich dabei auf folgende Ziele:

INDUSTRIEPOLITIK

Wir wollen in Rheinhessen zukunftsweisende Impulse für Innovationen und Wachstum setzen, um damit die Anziehungskraft des Wirtschaftsstandortes zu erhöhen und zukunftssträchtige Arbeitsplätze zu schaffen. Dazu setzen wir auf eine abgestimmte Strukturpolitik, die bei der Flächenentwicklung die Chancen der gesamten Region berücksichtigt. Wir setzen uns dafür ein, in Rheinhessen planungsrechtliche Prioritäten zugunsten von Industrie- und Gewerbegebietsstandorten zu schaffen. Bei der Förderung von Innovationen fordern wir eine klare Strategie zugunsten der rheinhessischen Industrie, um die Stärkung eines positiven Images der Industrie in Rheinhessen und die langfristige Etablierung der Region als hervorragender Industriestandort für Investitionen und attraktive Arbeitsplätze sowie den Aufbau von Bewusstsein, Vertrauen und Wertschätzung gegenüber der Industrie zu schaffen.

FINANZIELLE UNTERNEHMENSANREIZE

Zur Zukunftssicherung unserer Unternehmen in Rheinhessen fordern wir Steuererleichterungen für betriebliche Forschungsaktivitäten, Förderprogramme, die Sicherheiten für Industrie 4.0-bezogene Investitionen bieten und eine Mittelstandsfinanzierung insbesondere im technologieorientierten und wissensbasierten Bereich.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Wir fordern eine intensivere Instandhaltung der Straßen, eine dauerhafte Ertüchtigung der Schiersteiner Brücke und den Bau einer weiteren Straßenbrücke über den Rhein. Mit Hilfe von Bund und Land sind die wichtigen Verkehrsachsen so auszubauen, dass die Region an die Ballungsräume dem Verkehr angemessen angebunden ist. Der mehrspurige, lärmgeminderte Ausbau der A 60/643 und der A 61 sind hierbei ein zentraler Baustein. Zur Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur bedarf es mit Unterstützung des Landes eines Impulsprogramms für Investitionen.

SCHNELLES INTERNET

Der zukunftsfähige Ausbau der Breitbandversorgung ist ein entscheidender Standortfaktor für die Unternehmen, den Bildungsstandort, die Kommunen und die Bevölkerung. Ebenso sind internetgestützte Angebote der Berufsqualifikation, Weiterbildung und der allgemeinen Erwachsenenbildung durch Sicherstellung entsprechender Breitbandversorgung allen Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen. Daher setzen wir uns dafür ein, dass der Ausbau der Breitbandversorgung in den nächsten drei Jahren forciert wird mit dem Ziel, eine flächendeckende Versorgung mit möglichst mindestens 100 Mbits zu erreichen. Für Gewerbe- und Industriegebiete sind darüber hinaus auch hohe Up-Load-Geschwindigkeiten zu realisieren. Weiterhin bedarf es der Unterstützung und Förderung durch das Land und den Bund, um den Prozess des Ausbaus zu beschleunigen.

FACHKRÄFTE - POTENZIALE AUSSCHÖPFEN

Die Sicherung des Fachkräftepotenzials aufgrund des demografischen Wandels ist eine der zentralen Herausforderungen für die Zukunftsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes Rheinhessen. Gemeinsam mit den Unternehmen, den Partnern in Bildung, Politik, Arbeitsverwaltung und Kammern ist es unser Ziel, das Erwerbspersonenpotenzial in der Region größtmöglich auszuschöpfen. Als Kommunen investieren wir auch zukünftig in ein verlässliches Bildungs- und Betreuungsangebot zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf und fördern eine erhöhte Erwerbsbeteiligung von Frauen. Wichtig ist, dass sich die Unternehmen auf den zu erwartenden Fachkräftengpass einstellen, Maßnahmen ergreifen, geeignete Strukturen schaffen und sich so zukunftsfähig aufstellen. Wir unterstützen die Unternehmen und ihre Verbände bei der Entwicklung frühzeitiger Handlungsstrategien.

LEISTUNGSFÄHIGES BILDUNGSSYSTEM

Wir fordern ein leistungsfähiges, auf die Bedarfe der Wirtschaft und der digitalen Welt abgestimmtes Bildungssystem und eine Stärkung der dualen Berufsausbildung. Ein wichtiges Ziel ist es, die Zahl der Schulabgänger ohne Schulabschluss zu verringern, mehr Jugendliche in die Berufsausbildung zu integrieren und Abbrecher-Quoten zu senken. Die Aktivitäten im MINT-Bereich sind zu intensivieren. Als Schulträger investieren wir auch künftig in hohem Maße in die Zukunftsfähigkeit durch Bildung und setzen uns für Bildungschancen für alle von Anfang an ein.

OPTIMIERUNG DER BILDUNGSINFRASTRUKTUR

Rheinhessen arbeitet mit vereinten Kräften daran, auch zukünftig die Bildungsregion Nr. 1 in Rheinland-Pfalz zu bleiben. Wir investieren in Gebäude und Ausstattung von Kindertagesstätten, Schulen sowie Weiterbildungseinrichtungen. Im Rahmen der Schulentwicklungsplanung, insbesondere für eine zukunftsfähige Landschaft der Berufsbildenden Schulen, stimmen wir uns gemeinsam ab. Wir wollen die herausragende Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Rheinhessen nutzen, weiterentwickeln und die Bildung von fachlichen Netzwerken aus Wissenschaft und Wirtschaft regional fördern.

STÄRKUNG DES WOHN- UND ARBEITSSTANDORTES

Gemeinsam wollen wir das Wohn- und Lebensumfeld in Rheinhessen und die Region als Arbeitsstandort attraktiv halten, weiterentwickeln und die Stärken noch deutlicher herausstellen, um in Zeiten des demografischen Wandels Fachkräfte zu binden und neue zu gewinnen. Gleichzeitig treten wir für die Erhaltung und Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für die verschiedenen Bevölkerungsgruppen ein. Diese kommunalen Aktivitäten müssen durch Förderangebote von Bund und Land unterstützt werden.

INTEGRATION UND QUALIFIZIERTE ZUWANDERUNG

Rheinhessen ist stolz auf seine Willkommenskultur. Die Aufnahme von Flüchtlingen in kommunale Einrichtungen und in Wohnungen in unseren Städten und Gemeinden ist dank massiver Unterstützung durch bürgerschaftliches Engagement gut gelungen. In gemeinsamen Anstrengungen müssen nun für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive frühzeitig die Weichen für die Integration in Ausbildung oder Arbeit gestellt werden. Das Erlernen der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung für Bemühungen zur Arbeitsintegration. Wir fordern vom Bund mehr Finanzmittel zur Finanzierung von Sprachkursen und Qualifizierung, eine rasche Schaffung von Rechtsklarheit durch die notwendigen gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt. Durch veränderte Strategien und Anpassungen im Zuwanderungsrecht sind die bundesweiten Voraussetzungen für eine gesteuerte, qualifizierte Zuwanderung in Berufen mit Fachkräftemangel zu schaffen.

TOURISMUS

Rheinhessen ist eine Region des Weintourismus mit internationaler Anerkennung z.B. bei den Great Wine Capitals. Die rheinhessischen Kulturlandschaften bieten Interessierten ein Angebot aus Wandern, Radfahren sowie Wein und Genuss und sind somit eine ideale Verknüpfung von Tourismus, Wein und Kultur, die wir gezielt regional bewerben und vermarkten. Wir fordern auch die Landesebene auf, dem Kulturtourismus, neben weiteren tourismusrelevanten Themenfeldern, eine signifikante Rolle im Landesmarketing einzuräumen. Wir wollen, dass kommunale Investitionen in Tourismus und tourismusnahe Infrastruktur nicht als freiwillige Leistungen bewertet werden. Sie sind nach unserer Überzeugung Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge und beeinflussen die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger im positiven Sinn.